Evaluierung der Neuordnung des Rechts der Syndikusrechtsanwältinnen und Syndikusrechtsanwälte – BRAK-Nr. 181/2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

in obiger Angelegenheit möchten wir den übersandten Fragenkatalog wie folgt beantworten:

1. Statistische Angaben

1.1. Anträge auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als Syndikusrechtsanwältin oder Syndikusrechtsanwälte, die in der die Zeit vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2018 gestellt wurden:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Zulassungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2016</td>
<td>34</td>
</tr>
<tr>
<td>2017</td>
<td>9</td>
</tr>
<tr>
<td>2018</td>
<td>7</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1.2. Klagen gegen die Entscheidung der Rechtsanwaltskammer: bislang keine

1.3. Berufung gegen das Urteil des Anwaltsgerichtshofes: siehe Frage 1.2.

1.4. Fälle der Änderung der Tätigkeit

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Änderungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2016</td>
<td>2 (Erstreckung)</td>
</tr>
<tr>
<td>2017</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>2018</td>
<td>-</td>
</tr>
</tbody>
</table>
1.5. Zulassungen als Syndikusrechtsanwältin und als Syndikusrechtsanwalt

am 31.12.2016: 24
am 31.12.2017: 31
am 31.12.2018: 39

1.6. Entscheidungen über die Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht:
Hierüber können wir keine Angaben treffen, da uns keine diesbezüglichen Daten vorliegen.

1.7. Verwaltungs- und Gerichtsverfahren in Zulassungs- und Befreiungsangelegenheiten der Syndikuspatentanwältinnen und Syndikuspatentanwälte:
Hierüber können wir keine Angaben treffen, da uns keine diesbezüglichen Daten vorliegen.

1.8. Befreiungen als Syndikusanwältin oder Syndikusanwalt in den Jahren 2011 bis 2013 im Vergleich zu den Jahren 2016 bis 2018:
Hierüber können wir keine Angaben treffen, da uns keine diesbezüglichen Daten vorliegen.

2. Fragen zur Bewährung der neuen gesetzlichen Regelungen

2.1. Ist der Personenkreis, der als Syndikusrechtsanwältin oder Syndikusrechtsanwalt nach neuem Recht zugelassenen wird, identisch mit dem Personenkreis, der nach altem Recht als Syndikusrechtsanwältin oder Syndikusrechtsanwalt von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit wurde?

Sie decken sich nach hiesigen Erkenntnissen größtenteils.

2.2. Stellen die besonderen Zulassungsanforderungen sächgerechte und praktikable Anforderungen an die tätigkeitsbezogene Zulassung der Syndikusrechtsanwältinnen und Syndikusrechtsanwälte?

Dies kann nach unseren Erfahrungen bejaht werden.

2.3. Sofern das Ziel der weitestgehenden Aufrechterhaltung des status quo angesichts der Entwicklung der Anzahl der Zulassungen als Syndikusanwältin oder Syndikusanwalt und der hierauf erfolgenden Befreiungen nicht erreicht worden sein sollte: Worin liegt der Grund dafür?

Uns liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob das benannte Ziel erreicht worden ist.

2.4. Trage die für die Tätigkeitsanforderungen geltenden unbestimmten Rechtsbegriffe den Anforderungen der Praxis Rechnung? Soll die weitere Ausgestaltung den Kammern und der Rechtssprechung vorbehalten bleiben?

Die Ansichten der Rechtsanwaltskammer Hamburg im Hinblick auf die Problematik Erstrekungsantrag bei wesentlicher Änderung der Tätigkeit werden diesseits geteilt.

2.5. Sofern sich die Anzahl der Befreiungen von der Rentenversicherungspflicht gegenüber der bis März 2014 geltenden Rechtslage erheblich verändert haben sollte: Welche der für die Tätigkeitsanforderungen geltenden unbestimmten Rechtsbegriffe und seine deren Auslegung durch die Praxis haben dazu in erster Linie beigetragen?

Hierüber können wir keine Aussagen treffen.

2.6. Sofern das Ziel der weitestgehenden Aufrechterhaltung des status quo angesichts der Entwicklung der Anzahl der Zulassungen als Syndikusanwältin oder Syndikusanwalt und der hierauf erfolgenden Befreiungen nicht erreicht worden sein sollte: Durch welche Maßnahmen könnte erreicht werden, dass die jetzige Befreiungspraxis wieder näher an den bis 2014 bestehenden Zustand herangeführt würde?

Hierüber können wir keine Aussagen treffen.

2.7. Sind die Verfahrensanforderungen (insbesondere Anhörung des Trägers der Rentenversicherung; Anzeigepflichten der Syndikusanwältin und des Syndikusanwalts) sachgerecht und praktikabel?

Dies trifft unseres Erachtens zu.

2.8. Sind die Regelungen zum Rechtsschutz sachgerecht? Welche Auswirkungen hat das mit einer aufschiebenden Wirkung verknüpfte Klagerecht des Trägers der Rentenversicherung?

Die Regelungen zum Rechtsschutz erscheinen sachgerecht.

2.9. Gib es Ihrer Meinung nach weiteren Änderungsbedarf?

Änderungsbedarf sehen wir bezüglich Frage, wann eine wesentliche Änderung der Tätigkeit vorliegt i. S. d. § 46b Abs. 3 BRAO vorliegt. Auch der Wechsel des Arbeitgebers bei sonst gleichbleibender Tätigkeit ist von den geltenden Regelungen nicht mit umfasst.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[Unterschrift]

Heilig

Sachbearbeitung

Zulassungsabteilung